

09.06.2026

Neudruck

## **Antrag**

**der Fraktion der CDU  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP**

### **Für eine Kultur der Wertschätzung – Maßnahmen zur künftigen Gestaltung des Veteranentags in Nordrhein-Westfalen**

#### **I. Ausgangslage**

Am 25. April 2024 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, den 15. Juni jährlich als nationalen Veteranentag einzuführen. Ziel ist es, die Wertschätzung für ehemalige und aktive Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr öffentlich sichtbar zu machen und ihren Einsatz für unser Land, die Demokratie und unsere Freiheit anzuerkennen.

In Deutschland gelten diejenigen Frauen und Männer in Uniform, die gedient haben, diejenigen, die derzeit aktiv dienen und diejenigen, die in der Reserve bereitstehen als Veteraninnen und Veteranen der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und ihre Angehörigen Bürgerinnen und Bürger in Uniform. Der Veteranentag soll auch einen Beitrag dazu leisten, das Band zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu stärken. Wer die Ausbildung der Bundeswehr durchlaufen hat, bringt Eigenschaften mit, die unsere Gesellschaft stärken: Belastbarkeit, Verlässlichkeit und Resilienz. Veteraninnen und Veteranen verdienen Respekt, Anerkennung und Würdigung für ihren Dienst und ihre Bereitschaft, das höchste Gut – ihr Leben – für die Sicherheit, Freiheit und die Werte unseres Landes einzusetzen. Dies gilt insbesondere für die Einsatzveteraninnen und -veteranen. Diese Veteraninnen und Veteranen haben in Einsätzen im In- und Ausland unter oft gefährlichen Bedingungen Verantwortung übernommen. Viele von ihnen waren dabei erheblichen psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt. Zahlreiche Veteraninnen und Veteranen und ihre Angehörigen tragen die Last ihres Dienstes oft über die aktive Zeit hinaus – insbesondere dann, wenn sie aus ihren Einsätzen mit sichtbaren oder unsichtbaren Wunden zurückkehren. Trotz des Einsatzes für die Sicherheit, Freiheit und die Werte unseres Landes fehlt es in weiten Teilen der Gesellschaft an einem angemessenen Bewusstsein für die Leistungen und Bedürfnisse der Veteraninnen und Veteranen. Der Veteranentag am 15. Juni ist der richtige Anlass, eben diese Verdienste und Bedürfnisse der Veteraninnen und Veteranen sichtbar zu machen.

Auch für das Land Nordrhein-Westfalen ist der Tag von besonderer Bedeutung, denn die Bundeswehr ist mit unserem Land eng verbunden. An 25 Standorten leisten rund 20.000 aktive Soldatinnen und Soldaten gemeinsam mit 12.000 zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern täglich ihren Dienst. Daneben engagieren sich allein 15.000 Mitglieder des Reservistenverbands in unserem Bundesland. Ihre Einsätze in Nordrhein-Westfalen bei dem verheerenden Hochwasser 2021 oder in Gesundheitsämtern während der Corona-Pandemie sind Ausdruck der gesellschaftlichen Solidarität der Soldatinnen und Soldaten. Zusammen stellen sie einen

Datum des Originals: 09.06.2026/Ausgegeben: 16.06.2026 (10.06.2026)

unverzichtbaren Teil unserer Sicherheit nach außen dar. Ihre Einsätze – sei es in internationalen Krisengebieten, zur Landes- und Bündnisverteidigung, bei humanitären Missionen oder Inlands-einsätzen – verdienen Anerkennung und Respekt. Die Unverzichtbarkeit der Bundeswehr für die Sicherheit unseres Landes zeigt sich insbesondere in Zeiten wachsender geopolitischer Unsicherheiten, weswegen es umso wichtiger ist die Arbeit und die Bedeutung der Bundeswehr hervorzuheben und die Versorgung aller Veteraninnen und Veteranen sicherzustellen – dies wurde bereits mit dem Antrag der FDP-Fraktion (Drucksache 18/14023) deutlich, der Grundlage für diesen gemeinsamen Antrag ist.

## II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Veteraninnen und Veteranen verdienen unsere Anerkennung. Sie leisten einen zentralen Beitrag für die Sicherheit, Stabilität und internationale Verantwortung des Landes. Es ist unsere Pflicht, ihnen die entsprechende Wertschätzung entgegenzubringen.
- Die Einführung eines nationalen Veteranentags stellt einen wichtigen Schritt dar, um der besonderen Leistung von Veteraninnen und Veteranen öffentliche Anerkennung zu verschaffen. Es ist daher geboten, diesen Tag nicht nur symbolisch, sondern auch inhaltlich auszugestalten und dauerhaft in der gesellschaftlichen Erinnerung zu verankern.
- Veteraninnen und Veteranen tragen die Last ihres Dienstes oft weit über die aktive Zeit hinaus – insbesondere dann, wenn sie aus ihren Einsätzen mit sichtbaren oder unsichtbaren Wunden zurückkehren. Körperliche Verletzungen sind häufig sofort erkennbar, doch seelische Verletzungen bleiben allzu oft verborgen.
- Psychische Gesundheit ist ein Thema von gesamtgesellschaftlicher Relevanz und bedarf an vielen Stellen einer besseren Sichtbarkeit, Entstigmatisierung und einer breiteren Versorgung. Veteraninnen und Veteranen sind durch ihre Leistungen einem erhöhten Risiko ausgesetzt, an Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) zu leiden.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung im Rahmen vorhandener Mittel,

### - **Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Veteranentag am 15. Juni**

- Veteraninnen und Veteranen der Bundeswehr im Rahmen des nationalen Veteranentags am 15. Juni jedes Jahres ab 2026 angemessen zu würdigen. Eine öffentliche Veranstaltung soll in Abstimmung mit dem Landtag, dem Landeskommando NRW, der Bundeswehr sowie den Bundeswehrverbänden stattfinden. Auch die Landkreise und kreisangehörigen Städte sowie die kreisfreien Städte sollen bei der Würdigung von Veteraninnen und Veteranen am Veteranentag mit einbezogen und unterstützt werden.
- den Dialog und Austausch mit Veteraninnen und Veteranen zu fördern, um Vorurteile abzubauen und das gesellschaftliche Verständnis und die Anerkennung für die Leistungen jeder Einzelnen und jedes Einzelnen zu stärken.
- die Landkreise und kreisangehörigen Städte sowie die kreisfreien Städte zu unterstützen, zentrale Ansprechpartner für Veteraninnen und Veteranen nach dem dänischen Vorbild zu benennen. Diese Koordination bietet niedrigschwellige Beratung an und vermittelt Unterstützungsangebote. Da eine Auslastung vorab nicht planbar ist, kann die Aufgabe als Ehrenamt oder in Nebenfunktion umgesetzt werden.

- die Landkreise und kreisangehörigen Städte sowie die kreisfreien Städte bei der Förderung von Projekten zur Veteranenarbeit zu unterstützen, insbesondere mit Blick auf die Unterstützung von Initiativen, die sich für die Integration von Veteraninnen und Veteranen in das zivile Leben einsetzen. Besondere Förderung sollen Projekte erhalten, die Angehörigen und Kinder der Veteraninnen und Veteranen miteinzubeziehen.

- **Unterstützungsmaßnahmen für Veteraninnen und Veteranen**

- sich im Rahmen der gesundheitspolitischen Zuständigkeit des Landes für die Entstigmatisierung psychischer Einsatzfolgen wie der Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) einzusetzen. Dies kann zum Beispiel auch Informationskampagnen und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zur gesellschaftlichen Sensibilisierung umfassen;
- die Bundeswehr dabei zu unterstützen, wie der Zugang zu bestehenden telemedizinischen Angeboten – etwa des Bundeswehrkrankenhauses – bekannter gemacht werden können,
- sich auf Bundesebene für eine Reform der Bedarfsplanung einzusetzen, um die Anzahl der Zulassungen für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten insbesondere in unterversorgten Regionen zu erhöhen, Wartezeiten zu reduzieren und so die psychotherapeutische Versorgung allgemein und damit auch diejenige von Veteraninnen und Veteranen zu verbessern.
- sich beim Bundesministerium der Verteidigung dafür einzusetzen, dass das erfolgreiche Konzept der Lotsen für Einsatzgeschädigte weiter gestärkt und ausgebaut wird. Besonders die Verzahnung mit zivilen Beratungs- und Behandlungsangeboten in Nordrhein-Westfalen und die aufsuchende Hilfe sollen dabei im Fokus stehen
- ein Landesnetzwerk für einsatzbedingte psychische Gesundheit zu initiieren, dass die relevanten Akteure wie zivilgesellschaftliche Träger, die Bundeswehr, Ärzte- und Psychotherapeutenkammern, kommunale Ansprechpartner und Selbsthilfegruppen systematisch vernetzt. Das Netzwerk soll Austausch und Koordination fördern, gemeinsame Initiativen ermöglichen und die zivil-militärische Zusammenarbeit stärken.

Thorsten Schick  
Matthias Kerkhoff  
Klaus Vossemer  
Gregor Golland  
Daniel Hagemeier  
Marco Schmitz

und Fraktion

Wibke Brems  
Mehrdad Mostofizadeh  
Jule Wenzel  
Josefine Paul

und Fraktion

Henning Höne  
Marcel Hafke  
Susanne Schneider  
Dirk Wedel

und Fraktion